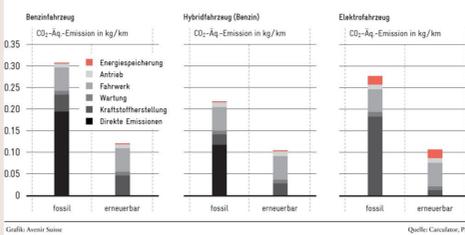


Der Wochenkommentar

Grünes Licht für E-Fuels

Abbildung: Verbrennungsmotor ist dem Elektroantrieb nicht a priori unterlegen

Für die Lebenszyklus-Emissionen von Automobilen ist nicht die Antriebstechnologie per se entscheidend, sondern die Frage, ob der Treibstoff aus erneuerbaren Quellen stammt. Bisher traf dies für Kohlenwasserstoffe (Benzin & Co.) sozusagen per Definition nicht zu, da hier aus der Erdkruste gefördertes Kohlenstoff in die Atmosphäre gelangt. Das ändert sich mit der Herstellung von E-Fuels. Verbrennungsmotoren können daher künftig punkto Klimabilanz ähnlich gut abschneiden wie Elektroautos.



Die EU-Staaten und das Parlament haben sich darauf geeinigt, den CO₂-Ausstoss der europäischen Neuwagenflotte bis 2035 auf null zu senken. Immerhin wurde der EU-Kommission der Auftrag erteilt, ein Regelwerk für den Einsatz klimaneutraler E-Fuels in neuen Autos ab 2035 zu entwickeln. Lukas Rühli zeigt auf, weshalb es nicht klug gewesen wäre, den Verbrennungsmotor auf 2035 explizit und ausdrücklich zu verbannen. Auch wenn sich batteriebetriebene Autos letztlich durchsetzen sollten, sind klimaneutrale Verbrennungsmotoren nicht nur konkurrenzfähig mit Elektro-Autos, sondern auch unverzichtbar für die Erreichung des Netto-null-Ziels.

[Grünes Licht für E-Fuels](#)

Strukturwandel

Industrie- und Handelspolitik mit Subventionen?

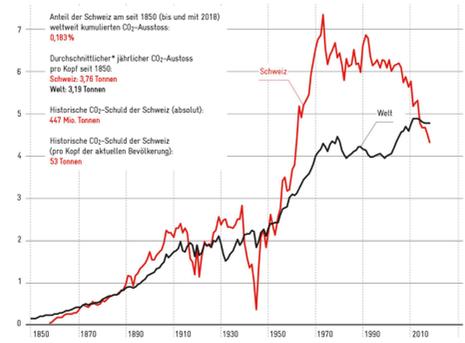


Die Schweizer Industrie hat sich trotz verschiedener Krisen und Entwicklungen wie der Digitalisierung positiv entwickelt – auch ohne defensive oder offensive Industriepolitik. Für Samuel Rutz und Laurenz Grabher ist es grundsätzlich illusorisch, die Industrie staatlich steuern zu wollen, denn der Staat hat keine besseren Informationen bezüglich der Marktentwicklungen als die Unternehmen. Vielmehr ist es seine Aufgabe, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die den Standort stärkt und Rahmenbedingungen schafft, die einen sozialverträglichen Strukturwandel ermöglichen. Dies erreicht man mit einer weitsichtigen Forschungs-, Bildungs-, Migrations- und Wettbewerbspolitik.

[Industrie- und Handelspolitik mit Subventionen?](#)

Klimakonferenz

Wachstum vom CO₂-Ausstoss entkoppeln



In Ägypten findet zurzeit die **COP27-Klimakonferenz** statt, bei der es um finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer geht, die vom Klimawandel besonders betroffen sind. Lukas Rühli analysiert, welche Länder am meisten zur Klimaerwärmung beitragen – und welchen Anteil die Schweiz daran hat: Kumuliert über die Zeit seit 1850 war unser Land für 0,183% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Der gewichtete langjährige Durchschnitt der jährlichen Emissionen pro Kopf liegt hierzulande bei 3,76 Tonnen, im Vergleich zu 3,19 Tonnen weltweit. Dass der schweizerische Pro-Kopf-Ausstoss mittlerweile unter dem weltweiten liegt, beweist, dass die Treibhausgasemissionen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden können.

[Die historische «CO₂-Schuld»](#)

Die Zahl



Die Nachfrage nach vielen herkömmlichen Service-public-Dienstleistungen schrumpft: So wurden im ersten Halbjahr 2022 12% weniger Zahlungen am Postschalter getätigt als im Vorjahr. Trotzdem ist die Post verpflichtet, ein Filialnetz zu betreiben, als gäbe es weder Internet noch E-Banking. Es ist zu diskutieren, wieviel Service public wir uns in einer digitalen Welt noch leisten wollen. (SAR)

Vorschau neue Studie

«Wen schützt der Lohnschutz?»



Der flexible Arbeitsmarkt ist ein bedeutender Erfolgsfaktor der Schweiz – doch die regulierenden Elemente nehmen allmählich überhand. Der Staat greift zunehmend mit kantonalen Mindestlöhnen, flankierenden Massnahmen und allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen in die Lohnbildung ein. In der am kommenden Donnerstag publizierten Avenir-Suisse-Studie analysieren Marco Salvi, Patrick Leisibach und Patrick Schnell diese Entwicklung und hinterfragen die hierzulande oft beschworene Bedeutung des Lohnschutzes.

avenir debate: «Wen schützt der Lohnschutz?», Marco Salvi, Patrick Leisibach und Patrick Schnell, 64 S., online abrufbar ab Donnerstag, 17. November 2022 auf www.avenir-suisse.ch

Podcast



Medienförderung kann sinnvoll sein – die Frage ist aber, wie man sie gestaltet. In der neusten Folge des Podcasts «Eco on the Rocks» diskutieren Peter Fischer (NZZ), Michael Grapp (Deloitte) und Jürg Müller, wie eine zukunftsgerichtete Medienförderung aussehen könnte. Sie bewerten kurz- und langfristige Massnahmen und debattieren die Reformvorschläge aus unserer Studie [«Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter»](#).

[«Was wäre die Schweiz ohne die SRG?»](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien



Medienpolitik: Die Avenir-Suisse-Studie [«Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter»](#) wurde auch diese Woche wieder in den Medien aufgegriffen: In einem Interview für die Hauptausgabe der [«Tagesschau»](#) von SRF erklärte Jürg Müller das vorgeschlagene «Gebührenmodell 2.0.». Damit könnten Wettbewerbsverzerrungen im Online-Bereich reduziert werden.

Leistungsschutzrecht: Auch der [«Klein Reporte»](#) befasste sich mit der Schweizer Medienpolitik. In einem Beitrag zum Leistungsschutzrecht wurde auf einen Blogbeitrag von [Jürg Müller, Basil Ammann und Laurenz Grabher](#) verwiesen. Darin warnten die Autoren vor einer Medienförderung durch die Hintertür, die weder eine rechtliche Lücke schliesst noch ein allgemeines Problem löst.

Streiks: Von massiven Bauarbeiterstreiks haben die Tamedia-Blätter berichtet (z.B. [«Tages-Anzeiger»](#)). Auf dem Bau werde, gemessen am produzierten BIP-Anteil, überproportional viel gestreikt, erklärte Patrick Leisibach. Grund sei die gewerkschaftlich gut organisierte Branche. Deshalb sei der Effekt dieser Streiks viel stärker als in anderen Bereichen: «Wenn Baustellen stillstehen, ist das viel einschneidender als ein geschlossenes Restaurant.»

Schweiz-China: [«Blue News»](#) thematisierte die Neuausrichtung der (Handels-) Beziehungen zwischen der Schweiz und China sowie die daraus resultierenden Probleme für Schweizer Unternehmen. Der Beitrag zitiert unsere Studie [«Navigieren in unruhigen Gewässern»](#), wonach eine Abkühlung der Beziehungen für die Schweiz schwere wirtschaftliche Folgen haben könnte und deshalb ein pragmatischer Mittelweg im Umgang mit China gefunden werden muss.

Unsere aktuellen Publikationen



[Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter](#)



[Schöne neue Steuerwelt](#)



[Erosionsmonitor #3](#)



© Avenir Suisse, Puls 5, Giessereistrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz www.avenir-suisse.ch

[Über uns](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Warum Sie diesen Newsletter bekommen](#)

[Leiten Sie den Newsletter an einen Freund weiter](#)

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie kommunikation@avenir-suisse.ch Ihrem Adressbuch hinzu.